

Freiheitliche Gesetzesentwürfe zur Wohnungsproblematik vorgelegt: Einheimische zuerst

Veröffentlicht am 22.09.2017



Anlässlich der Pressekonferenz des **Arbeitsförderungsinstitutes AFI** zum Thema „Wohnen 2030. Neue Perspektiven für Südtirols Wohnpolitik“ begrüßen die Freiheitlichen Abgeordneten **Blaas, Oberhofer und Zingerle** die Erkenntnis der Problematik im Bereich der Wohnpolitik, sowie die Analysen und unterbreiteten Vorschläge vonseiten des Institutes.

„Nichtsdestoweniger müssen einige Aspekte der heutigen Präsentation hinterfragt werden. So z. B. die Sozialbindung auf ewig. Wir sprechen uns in diesem Zusammenhang stark für eine vorzeitige Ablöse aus. Des Weiteren müssen wir eine Aufweichung der Ansässigkeit strikt ablehnen und verweisen auf die von uns eingebrachten Landesgesetzentwürfe 88/16 und 94/16, welche selbst von Teilen der Mehrheitspartei letztthin befürwortet wurden“, sind die Freiheitlichen Landtagsabgeordneten **Blaas, Oberhofer und Zingerle** überzeugt.

„Bedauerlich ist zudem der Umstand, dass bis heute notwendige Maßnahmen für den Mittelstand im Hinblick auf das leistbare Wohnen und das Modell des Bausparens nicht in ausreichendem Maße gegriffen haben. Wir sprechen uns weiterhin für die Förderung des Eigenheims, vorrangig für die einheimische Bevölkerung aus und schlagen Fördermaßnahmen für die Sanierung alter Bausubstanzen in Dörfern und Städten vor, sowie ein Umdenken bei den Kriterien des Denkmalschutzes vor. Zudem ist die Gewichtung Umweltschutz – Denkmalamt – Wohnbedürfnisse neu zu regeln“, erklären die Freiheitlichen Landtagsabgeordneten.

Blaas, Oberhofer und Zingerle werden sich anlässlich der Behandlung des Wohnbau- und Wohnbauförderungsgesetzes entsprechend für die Bevölkerung einsetzen.